

IV. Kongress der KI

Zur Lage in Italien

III. Das Aktionsprogramm der KPI¹

Allgemeine Taktik

1. Gemäß den Prinzipien und dem allgemeinen Programm der Kommunistischen Internationale besteht das Ziel der Kommunistischen Partei Italiens im Sturz der bürgerlichen Staatsmacht durch das revolutionäre Proletariat. In Italien müssen, um dieses Ziel zu erreichen, drei feindliche Hauptkräfte geschlagen werden: der *Staat* mit seinem militärischen und politischen Gewaltapparat, der *Faschismus* mit seiner mächtigen konterrevolutionären Organisation, die *Sozialdemokratie*, die mit ihrer pazifistischen Propaganda einen sehr großen Teil des Proletariats vom revolutionären Kampf ablenkt.

2. Gemäß den marxistischen Prinzipien und dem marxistischen Programm ist die politische Klassenpartei das unerlässliche Organ für die proletarische Revolution und ihren Sieg; die Partei, die die Revolution vorbereitet und den ganzen Prozess führt, ist in Italien die Kommunistische Partei. Angesichts ihres Einflusses auf die italienische Arbeiterklasse und der Kräfte, auf die sie zählen kann, ist der Sieg im direkt unter Leitung der KPI geführten Kampf gegen den Staat und den Faschismus heute nicht möglich. Damit wir dem Sieg des italienischen Proletariats näher rücken, ist unerlässlich, dass die KPI ihren Einfluss ausdehnt und breite Massen erobert und um sich schart. Daraus ergibt sich eine ganze Reihe von Aufgaben für die Aktion und Taktik der Partei.

Entwicklung der Kommunistischen Partei

3. Bei diesem Prozess muss die Stellung und der Einfluss der anderen sich auf die Arbeiterklasse beziehenden Parteien bedacht werden. Da deren Arbeitsweise vom revolutionären Standpunkt aus unzulänglich ist, werden ihre Mitglieder allmählich zur Kommunistischen Partei kommen müssen. Und tatsächlich machen fast alle diese Parteien eine schwere Krise hinsichtlich ihrer Prinzipien und Kampfmethoden durch. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Aufgabe, den Krisenprozess der Sozialistischen Partei auszunützen, worin bisher die Mehrheit des italienischen Proletariats organisiert ist. Ziel der KPI ist, den Massen das revolutionäre Unvermögen dieser Partei vor Augen zu führen, ebenso wie ihre Unfähigkeit, auch nur die dringenden Interessen der Massen zu schützen. Notwendig ist ferner, die Opposition gegen alle Strömungen der SPI aufrecht zu erhalten, die Möglichkeit einer kommunistischen, revolutionären Arbeit in ihren Reihen abzustreiten und jeden Versuch einer *noyoutage*² seitens der KPI zu unterbinden. Die Haltung der KPI angesichts der Spaltung der SPI und der daraus hervorgehenden Bildung einer unabhängigen Partei muss eindeutig sein, um zu verhindern, dass das Proletariat sie für einen zur Revolution fähigen Organismus hält. Die traditionellen Prinzipien und Methoden der SPI, die Tätigkeit und politische Vergangenheit ihrer Führer, ihr Aufbau und ihre Hierarchie, worin die proletarische Mehrheit von einer kleinbürgerlichen, demagogischen und schein-revolutionären Struktur erdrückt wird, machen abgesehen vom politischen auch den organisatorischen Bankrott dieser Bewegung unausweichlich. Jede Absicht der „Verschmelzung“ der KPI mit dieser Partei oder ihrem abgespaltenem Teil ist deshalb zurückzuweisen, und zwar nicht nur aufgrund der allgemeinen Kriterien, die den speziellen Charakter und Bildungsprozess der KPI betreffen, sondern auch, weil dies negative Folgen für den Zusammenhalt mit sich bringen könnte: Wenn die KPI die bisherige Vorbereitung und Ausbildung für den Kampf aufs Spiel setzen würde, würde dies auch ihr Ansehen verringern und zu Austritten führen. Es ist daher Pflicht der KPI, durch ihre gesam-

¹ Während der erste Teil des Berichts die allgemeinen, ökonomischen und politischen Bedingungen in Italien sowie die Situation des Proletariats behandelt, befasst sich der zweite mit der Arbeit der KPI zwischen dem III. und IV. Weltkongress, genauer: die Gewerkschaftsarbeit, das Verhältnis zur SPI und den Kampf gegen die Reaktion. Der erste Teil erschien im Oktober 1922, die beiden anderen im März 1924. Bei der Veröffentlichung in „Lo Stato Operaio“ 1924 wurde von der neuen, zentristischen Führung um Gramsci/Togliatti in einer kurzen Einführung explizit darauf verwiesen, dass das Aktionsprogramm noch von der „ehemaligen Führung unserer Partei“ stammt.

² noyoutage (fr.): Unterwanderung.

te Tätigkeit, von der theoretischen Propaganda bis zur Teilnahme an den Tageskämpfen, die kritischen Elemente in der SPI für die kommunistische Parteiorganisation zu gewinnen, denn nur sie vermag es, diese Kräfte einzugliedern und nützlich einzusetzen. Was auch immer man über die „terz-internationalistische“ Fraktion der SPI denken mag, diese Angelegenheit hat heute für abgeschlossen zu gelten, und nach den allgemeinen Organisationsstatuten der KI müssten ihre Mitglieder in die KPI eintreten. Das Weiterbestehen einer als kommunistisch bestätigten Fraktion in einer „unabhängigen“ Partei würde die Aufgabe der Kampfperspektive und der revolutionären Eingliederung des italienischen Proletariats nur noch mehr erschweren.³ Die KPI muss auch die Anhänger anderer, sich auf die Arbeiterklasse stützender Parteien für sich gewinnen: Anarchisten, Syndikalisten, Reformisten, Republikaner, wobei die härteste Kritik natürlich diejenigen treffen muss, die, wie die letztgenannten, der herrschenden Klasse am nächsten stehen.

Die Eroberung der Massen

4. Der Zuwachs der organisierten Kräfte sowie das Anwachsen des Einflusses der Kommunistischen Partei auf die Massen kann nicht durch eine auf die Propagierung der theoretischen Prinzipien gegründete bloße Rekrutierung erreicht werden, und die Aufgabe der KP kann sich nicht darauf beschränken, die Mitglieder für den Entscheidungskampf zu schulen. Dies gilt umso mehr, als die vom Faschismus in Italien geschaffenen Verhältnisse so sind, dass sowohl die innere organisatorische als auch die gesamte Propagandaarbeit zum großen Teil illegal sind bzw. den Charakter bewaffneter Auseinandersetzungen tragen, teilweise paralytisch sind oder jedenfalls ungeheuer erschwert werden. Die Eroberung der Massen, um sie auf den Kampf um die proletarische Machtergreifung vorzubereiten, realisiert sich als eine in allen Kampf- und Lebensbereichen der Arbeiter zu entfaltende Tätigkeit der Kommunisten. Auch in den durch die unmittelbaren Lebensbedingungen hervorgerufenen Tageskämpfen hat die Partei in vorderster Linie zu stehen, wobei sie stets den engen Zusammenhang hervorheben muss, der zwischen den ausgegebenen Losungen bzw. ihrer Stellungnahme zu den Tagesfragen einerseits und der Verfolgung der höchsten programmatischen Ziele andererseits besteht. Um die Massen für die Sache des Kommunismus zu gewinnen, ist es notwendig, parallel zu dieser Arbeit auf dem weiten Feld der unmittelbaren Probleme auch eine beständige Kritik und Polemik gegenüber den anderen Parteien zu entfalten, auch wenn sie scheinbar dieselben Ziele wie die KPI verfolgen. Die durch das konkrete Verhalten und die Tätigkeit der Partei gewonnenen Elemente müssen dann in alle Bereiche des Organisationsgefüges integriert werden, auf dessen Erweiterung hinzuarbeiten und dessen unabhängige Existenz und Tätigkeit unter allen Umständen zu gewährleisten ist.

Der direkte Kampf gegen die Reaktion

5. Zu den Kampfformen, mit denen wir die Massen an uns ziehen, gehört auch der direkte Kampf gegen die Reaktion, selbst dort, wo wir nur auf die eigenen Kräfte zählen können. Ziel solcher Aktionen ist nicht der Sturz der bürgerlichen Staatsmacht und auch nicht, den Faschismus in offener Feldschlacht zu schlagen; dennoch muss sich die Partei, ohne ihre Organisations- und Vorbereitungsarbeit aufs Spiel zu setzen, um die Ausbildung und Bewaffnung kümmern, die notwendig sind, um mit den geeigneten technischen Mitteln die Tagesgefechte gegen einen an Kräften stärkeren und sich im Vorteil befindenden Gegner bestehen zu können. Der Grund dafür ist nicht, die eigenen militärischen Kräfte zu schulen und zu erproben, erst recht nicht, Mut und Heroismus unter Beweis stellen zu wollen, sondern der Grund steht in direkter Beziehung zur Taktik des Faschismus. Diese zielt darauf ab, das Proletariat durch Terror zu demoralisieren und zu schlagen, indem der Faschismus überall den Eindruck erweckt, er sei unbesiegbar und jeder Widerstand zwecklos. Um einer Demoralisierung der Massen entgegenzuwirken, muss dem Proletariat deutlich gemacht werden, dass die Losung: „Gewalt gegen Gewalt, Organisation gegen Organisation, Bewaffnung gegen Bewaffnung“ nicht eine unbestimmte, erst in ferner Zukunft zu verwirklichende Sache ist, sondern eine Praxis, die die Vorbereitung auf eine bewaffnete proletarische Erhebung erst ermöglicht.

³ Auf der Tagung des Zentralkomitees der KPI vom September 1922 beklagte sich u.a. Umberto Terracini darüber, dass die KI seit über einem Jahr „unsere Partei als etwas Temporäres und Künstliches“ einschätzen würde und zudem beharrlich das Ziel verfolge, „die SPI, auch um den Preis von Verzichten und Zugeständnissen, wieder in den Schoß der Internationale zu ziehen“. Zu diesem Zweck zögerte die Exekutive der KI nicht, die „Terzini“, also die „Drittinternationalisten“ in der SPI, sowohl politisch als auch *finanziell* zu unterstützen: gegen die Politik der KPI und ohne deren Kenntnis.

Auf dieser Aktionsebene gibt es keine prinzipiellen Schranken, außer der, dass jede von den zuständigen Parteiorganen nicht vorbereitete Aktion, also jede individuelle Initiative, zurückzuweisen ist. Was nicht ausschließt, dass einzelne Genossen auf Anordnung der Partei hin gewisse feindliche Individuen angreifen können. Doch der Einsatz bewaffneter Gruppen oder Einheiten kommt nur unter Umständen in Frage, in denen breite Massen in Bewegung geraten sind und den Kampf aufgenommen haben: Im normalen Verlauf des Klassenkriegs müssen die Aktionen dieser ausgewählten Einzelnen oder Gruppen organisiert sein, um negative Folgen auszuschließen. Ziel solcher Angriffe sind nicht allein die Schwarzhemden (die faschistischen Kampfverbände), sondern allgemein die Klasseninstitutionen und deren Träger aus allen bürgerlichen Parteien. Grundsätzlich besteht der Zweck dieser Angriffe darin zu verhindern, dass die Interessen der Arbeiter oder auch neutraler Schichten nicht allzu sehr verletzt werden. Solche Aktionen müssen also so geführt werden, dass die Schläge gegen Arbeitereinrichtungen gerächt werden. Auf diesem Gebiet muss die KPI gegenüber der Bourgeoisie so handeln, wie es der Faschismus gegenüber den Arbeitern tut.⁴ Ebenso klar muss sein, dass bei diesem anti-faschistischen Feldzug nicht das Spiel der Faschisten gespielt werden darf, indem man dauernd ihre Grausamkeit und Brutalität betont. Obschon ihnen die gesamte Verantwortung anzulasten ist, muss vermieden werden, eine moralische bzw. selbstmitleidige Haltung einzunehmen, außerdem sind die militanten Aktionen unserer Partei oder die spontanen Reaktionen der Arbeiter auf die feindlichen Schläge stets hervorzuheben.

Die Kommunisten in den Gewerkschaften

6. Mit ihrer Tatkraft, ihren Losungen und ihrer Erfahrung ist die Partei in den Tageskämpfen der Arbeiterschaft in erster Linie durch die Teilnahme ihrer Mitglieder in der Arbeit der ökonomischen Assoziationen präsent, wie den Gewerkschaften, den Genossenschaften, den Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe usw. Die Kommunisten sind grundsätzlich in all jenen Organisationen tätig, die allen Arbeitern offenstehen und kein religiöses oder politisches Glaubensbekenntnis zur Bedingung ihres Beitritts machen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Italien sind als derartige Organisationen folgende anzusehen: die Allgemeine Eisenbahnerföderation (Sindacato ferroviari italiana), der Anarchistische Gewerkschaftsbund (Unione sindacale italiana), die Italienische Arbeitsunion (Unione italiana del Lavoro), der Italienische Hafenarbeiterverband (Federazione italiana dei porti), der Reichsverband der Genossenschaften (Lega nazionale delle Cooperative), der Reichsverband der Vereine zur gegenseitigen Hilfe, der Arbeiterverband der Kriegsversehrten und -invaliden (Lega proletaria mutilati ed invalidi di guerre) und andere kleinere Vereinigungen. In allen diesen Organismen gibt es kommunistische Zellen, die untereinander bzw. mit der Partei fest verbunden sind und nach den kommunistischen Richtlinien handeln, wobei die Partei die Grundlinien vorgibt und die Zellen die spezifisch fachliche Arbeit danach bestimmen. Seit ihrer Gründung arbeitet die Kommunistische Partei für die Vereinigung aller großen italienischen Klassenorganisationen. Gegenüber einigen kleinen Gewerkschaften steht die KPI vor dem Problem, sie mit größeren Fachverbänden zu vereinen, vorausgesetzt, Aktions- und Propagandafreiheit sind gewährleistet und eine faktische Unterwerfung an den Staat oder an die Unternehmerverbände kann verhindert werden. Als Beispiele dafür können der Italienische Lehrerverband (Unione magistrale italiana) genannt werden, in den zweckmäßigerweise die Lehrgewerkschaft (Sindacato dei maestri) eintreten könnte, oder der Reichsverband der Kriegsteilnehmer (Associazione nazionale dei combattenti), mit dem der Proletarische Kriegsinvalidenverband (Lega proletaria) fusionieren könnte; die Bedingungen einer erfolgreichen Arbeit würden dadurch verbessert. Einer organisatorischen Vereinigung der Gewerkschaften mit den Genossenschaften und Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe widersetzt sich die KPI jedoch, denn das würde der revolutionären Aktionsbereitschaft der Gewerkschaften einen anderen Charakter geben und ihre Emanzipation von den sozialdemokratischen Einflüssen hinauszögern.

Der Widerstand der Gewerkschaften

7. Die rasche Verbreiterung des kommunistischen Einflusses kann am besten durch die Gewerkschaftsarbeit erreicht werden, einer Arbeit, die darauf abzielt, die Gewerkschaften zu erobern und neue Anhänger auf Kosten der anderen, ebenfalls in den Gewerkschaften tätigen Parteien, sowie unter den Parteilosen zu gewinnen. Doch hat die wirtschaftliche und politische Situation in Italien eine auch durch Austritte bedingte Schwächung der Gewerkschaften zur Folge gehabt, so dass die revolutionäre Vorbereitungsarbeit ernsthaft in Frage gestellt ist. Die KPI muss daher für die Widerstandsfähigkeit und Stärkung der Gewerk-

⁴ Aus einsichtigen Gründen fehlt in der 1922 von der Kommunistischen Internationale herausgegebenen deutschen Fassung der Passus von: „Auf dieser Aktionsebene...“ bis „...wie es der Faschismus gegenüber den Arbeitern tut“.

schaften kämpfen, was hauptsächlich durch die wachsame und beharrliche Arbeit der immer auch gewerkschaftlich tätigen Parteimitglieder erreicht wird; unabdingbar sind auch die von der Partei bereitgestellten Mittel, die die physische Gegenwehr der Gewerkschaften angesichts der Schläge der Reaktion ermöglichen. Zu den genannten objektiven Problemen kommt heute noch ein anderes hinzu, nämlich die Absicht der opportunistischsten Elemente in der Gewerkschaftsbewegung, dieselbe in den Rahmen der bürgerlichen Institutionen zu pressen, d.h. ihr einen nationalen Stempel, den der Klassenkollaboration zwecks Wiederaufbaus der kapitalistischen Wirtschaft aufzudrücken. Die KPI muss aufzeigen, dass solche Pläne gleichbedeutend damit sind, die Arbeiter noch stärker auszubeuten, wobei nicht nur der politische Klassenkampf ausgeschaltet wird, sondern sogar jede Form von Widerstand gegen die Unternehmerwillkür. Die KPI muss heute eine große Kampagne unter dem Parole führen: Für rote Gewerkschaften, gegen dreifarbige⁵ Gewerkschaften! Dazu muss sie zu einer Verständigung mit jenen linken Strömungen in den Gewerkschaften kommen, die am revolutionären Klassenkampf festhalten und gleichzeitig innerhalb dieses Kampfes für die Vereinigung der Gewerkschaften eintreten, was deren Anziehungskraft auf die Massen bedeutend steigern würde. Diese Fusion sollte in einem möglichst großen Rahmen realisiert werden (sogar ohne die von Reformisten und Gewerkschaftlern willkommen geheißenen Rechten auszuschließen, die allesamt auf die oben genannte Kursänderung hinarbeiten), aber es darf natürlich nicht so weit gehen, dass die Gewerkschaften den Interventionen des Staates und der den Unternehmern ergebenden Verbänden und Parteien ausgesetzt würden: Diese Parteien und Strömungen (neben den üblichen bürgerlichen Parteien sind das heute die Faschisten und in gewisser Hinsicht die Katholische Volkspartei), die Berufsinnungen der bessergestellten Schichten auf Gewerkschaftsebene organisieren wollen, sind nachdrücklich vom Gewerkschaftsleben auszuschließen. Anderenfalls würden wir zulassen, dass die Arbeiter sich in Organisationen wiederfänden, in denen jede kommunistische und revolutionäre Propaganda und Eroberungsarbeit unmöglich wäre.⁶

8. In bestimmten Regionen, in denen die Arbeiterschaft fast nur aus Landarbeiterschichten besteht, hat die Arbeitslosigkeit zusammen mit dem brutalen physischen Druck deren Eintritt in die autonomen (faschistischen) Gewerkschaften erzwungen. Solange keine andere Tätigkeit möglich ist, sollten auch die Mitglieder und Sympathisanten der Partei in diese Gewerkschaften eintreten. Die Erfahrung lehrt, dass unter solchen Umständen nicht nur das gewerkschaftliche Netzwerk, sondern selbst die politische Organisation der Partei illegal sein muss, besonders in den kleinen Ortschaften. Obwohl es vorkam, dass dadurch die Führungsfunktion in den faschistischen Gewerkschaften durch Kommunisten besetzt werden konnten, bleibt das Ziel die Sabotage der faschistischen Organisation und die Rückkehr der Massen in die roten Organisationen. Allgemein wird die KPI nachzuweisen haben, dass die faschistischen Gewerkschaften keineswegs die unmittelbaren Interessen der Arbeiter und Bauern schützen und trotz anfänglich gegenteiligen Anscheins nur das Werkzeug der Unternehmer und Großgrundbesitzer sind.

9. Eine der Maßnahmen, wodurch sich die Gewerkschaften verteidigen lassen, besteht in folgendem: In vielen Körperschaften, die keinen gewerkschaftlichen Charakter tragen, denen aber die ganze (auch gewerkschaftlich nicht organisierte) Masse angehört, wie den verschiedenen Renten- und Krankenkassen, Arbeitslosenversicherungen usw., gewissen Genossenschaften und auch Betriebsräten und Fabrik Ausschüssen, nehmen heute, wo der Prozentsatz der Organisierten überall stark abnimmt, auch bürgerliche Parteien an den Wahlen teil, um sich deren Führungspositionen zu sichern. Die Partei kann in diesen Fällen, statt mit einer eigenen Liste anzutreten, „Organisationslisten“ mit anderen, in den Gewerkschaften aktiven Parteien akzeptieren, wenn diese im Namen der Klassengewerkschaft aufgestellt und mit aller Kraft von ihr unterstützt werden, damit die Kontrolle über die nämlichen Organisationen bestehen bleibt. Dies schließt jedoch nicht aus, dass die Partei innerhalb der Gewerkschaften die eigene gewerkschaftliche Eingliederung zu gewährleisten sucht, indem sie hier ihre eigene Liste für die zur Wahl stehenden Ämter aufstellt.

⁵ Im Italienischen: tricolori; bezieht sich auf die Farben in der Nationalflagge.

⁶ In der deutschen Übersetzung geht der Paragraph noch weiter: „Diese ganze Arbeit muss mit der größten Vorsicht durchgeführt werden, um sich keine Blöße den Sozialdemokraten gegenüber zu geben, die die terroristische Aktion der Faschisten dazu ausnutzen, um von den kommunistischen Proletariern loszukommen. Der Plan der legalen Gewerkschaftsführer ist der, jeden taktischen Fehler unserer Gewerkschaftsgruppen auszunutzen, um diese ihre Absicht durchzuführen.“

Das Problem der Arbeitslosigkeit

10. Neben der Aufgabe, dem Zerfall der Gewerkschaften entgegenzuwirken bzw. überhaupt ihre Reorganisation einzuleiten, muss die Partei durch Aktionen für tagespolitische Forderungen eine Verbindung mit den gewerkschaftlich nicht organisierten bzw. nicht organisierbaren Arbeiterschichten aufbauen. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Italien verlangt, dieses Problem in den Vordergrund zu stellen. Die Gewerkschaften stehen an einen Wendepunkt, an dem sie ihre Struktur neu ordnen müssen, bevor neue und große Massenaktionen gestartet werden können: Im kommenden Winter ist mit Initiativen unter den Arbeitslosen, den Obdachlosen, überhaupt den notleidenden Arbeitern zu rechnen, die ohne Heizmaterial und Strom dastehen und von Gemeindesteuern erdrückt werden, die zuweilen nicht nur vom Lohn abgezogen, sondern sogar erhoben werden, wenn gar kein Lohneinkommen vorhanden ist⁷. Große Aufmerksamkeit hat die Partei auf eine besondere Organisationform zu richten, die, vor allem in den Städten, unter den Mietern entstanden ist. In diesem Umfeld ist es gewöhnlich nicht möglich, Gewerkschaften zu bilden und insofern muss akzeptiert werden, dass hier alle beitreten können, soweit sie nicht Eigentümer oder Arbeitgeber sind. Am ehesten sind daher Arbeitslosenkomitees zu bilden, die die Bewegung leiten und große Massen anziehen. Es hat sich aber stets als enorm schwierig erwiesen, die Arbeitslosen zu erreichen und zu mobilisieren. Darum die Forderung, dass die Arbeitslosen, die keine Mitgliederbeiträge zahlen, ihr Mitgliedsrecht sowohl in den Gewerkschaften als auch in den Genossenschaften und den Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe behalten.

11. Die Partei muss ihre Aufmerksamkeit auch auf den Teil der Arbeiterklasse lenken, der in der Armee ist. In enger Verbindung mit der Kommunistischen Jugendorganisation stehend, muss eine entsprechende Propagandaarbeit unter den Soldaten betrieben werden, indem man unter ihnen die kommunistischen Lösungen verbreitet und sich auch um ihre aktuellen Probleme, z.B. ihre materielle Situation und moralische Behandlung, kümmert. Ziel ist, den Einsatz der Streitkräfte für die Zwecke der bürgerlichen Reaktion zu erschweren.

Besondere Forderungen und allgemeiner Kampf

12. Im Unterschied zu den einzelnen und unmittelbaren Forderungen im Alltagsleben der Arbeiter, stellen wir allgemeine Forderungen, wenn es darum geht, dem Unternehmertum oder dem Staat bestimmte Zugeständnisse abzurufen, auch wenn diese noch nicht das Endziel, nämlich die Eroberung der Staatsmacht, beinhalten. In der aktuellen Situation zeigt sich der Kampf der KPI auf diesem Gebiet besonders klar: Heute, wo infolge der unaufhaltsamen Krise die Unternehmer überall zur Offensive übergehen, ist es für die Massen objektiv unmöglich, auf dem Wege fortschreitender Errungenschaften eine spürbare Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen; im Gegenteil, solange die kapitalistischen Institutionen bestehen, lässt sich nicht einmal der gegenwärtige Lebensstandard halten. Obgleich sie diese Tatsache in ihrer Propaganda nicht verschweigt, wird sich der KPI die Gelegenheit bieten – da die anderen, ob bürgerlichen oder sozialdemokratischen Parteien, das Gegenteil behaupten –, alle Arbeiter zum Kampf für ihre wirtschaftlichen Forderungen aufzurufen. Da die Bedingung ihrer tatsächlichen Durchsetzung der revolutionäre Sieg ist, werden die Massen konkrete Erfahrungen mit den revolutionären Methoden machen. Solche Forderungen, die die Partei als das Ziel einer Aktion des ganzen Proletariats aufstellen wird, können streng gewerkschaftlicher Natur sein, d.h. sich direkt gegen das Unternehmertum richten, wie die Verteidigung der Tarifverträge (Löhne, Arbeitszeit, Landarbeiterverträge); sie können wirtschaftlicher Natur sein, wie die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung (was zu Lasten des Staates geht); sie können schließlich die Staatspolitik betreffen, wie das Organisations-, das Streikrecht und ähnliches mehr. Alle diese Forderungen sprengen nicht den Rahmen und können in das Aktionsprogramm der KPI integriert werden, vorausgesetzt sie werden als Ziele aufgestellt, die nur durch den Kampf und die direkte Aktion der Massen zu erreichen sind, die damit sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die sozialdemokratischen Führer zwingen, ihre Versprechungen einzuhalten.

13. Forderungen, die durch eine auf dem Boden des Gesetzes stehende Aktion bzw. durch Vereinbarungen mit anderen politischen Parteien und mithilfe parlamentarischer und Regierungskoalitionen erreicht werden sollen, wird die KPI nicht aufstellen. Abgesehen von prinzipiellen, dagegen sprechenden Gründen steht fest, dass nicht einmal die bescheidensten, d.h. defensiven Forderungen auf diesem Wege durchgesetzt würden. Ein Beispiel dafür ist die Katholische Volkspartei (Partito popolare), Stützpfiler der aufei-

⁷ Gemeint ist hier eine Art pro-Kopf-Steuer, die besonders die Familien betraf.

inanderfolgenden Kabinette, die nicht verhindern kann, dass ihre Organisationen den faschistischen Angriffen ausgesetzt werden. Zum andern ist es so: Wenn die KPI an einer Koalition beteiligt wäre, die die Arbeiterforderungen auf legalem Wege erfüllen soll und dies Vorhaben scheitert, würde dies der Partei und der revolutionären Vorbereitung enorm schaden; andererseits kann das Scheitern der legalen Realisierung dann ein revolutionärer Faktor sein, wenn die Partei die Massen anspornt, Druck auszuüben und somit die Erfahrung gemacht werden kann, dass der revolutionäre Kampf unabdingbar ist. Zwar sind die Bedingungen des Klassenkampfes in Italien objektiv ungünstig, doch andererseits besteht eine derart prekäre Situation, dass bewaffnete Auseinandersetzungen zu einer alltäglichen Erscheinung geworden sind. Den bewaffneten Kampf des Proletariats zu organisieren ist daher zum vorrangigen Problem geworden, und es kann nur von konterrevolutionärer Wirkung sein, wenn den Massen ein Weg gewiesen wird, der ihre Interessen gewaltfrei durchsetzen soll.

Der revolutionäre Kampf gegen Staat und Imperialismus

14. Kann die KPI eine Forderung aufstellen, die die Machtfrage nicht mit der Errichtung der proletarischen Diktatur löst? Die Erfahrung der KPI zeigt, dass eine solche Möglichkeit real nicht besteht und ebenso, dass eine diesbezügliche Propagandalosung untauglich ist. Infolge der andauernden Kabinetts- und Regierungskrisen ist klar, dass es von politischen Parteien und Gruppen nur so wimmelt, die radikale und revolutionäre Problemlösungen in Bezug auf die politischen Institutionen in Aussicht stellen. Aber in all diesen verschiedenen Vorschlägen herrscht eine Oberflächlichkeit, eine Unbestimmtheit und Unklarheit der Richtlinien und politischen Verantwortung vor, die aufgrund der unvermeidlichen Ernüchterung ihre negative Wirkung auf das Proletariat nicht verfehlt haben. Wohl ist ein Wechsel in den politischen Institutionen denkbar, z.B. eine Diktatur rechter Kräfte, aber diese Möglichkeit wäre bloß eine Erscheinungsform der bis zum äußersten getriebenen Herrschaftssicherung. Weiter besteht die Möglichkeit, dass es zu einer Linksregierung kommt, in der rechte Sozialisten und bürgerliche Parteien koalieren, eine Möglichkeit, die durch die jüngsten Ereignisse in weite Ferne gerückt ist, da sich die italienische Bourgeoisie heute sicher fühlt und keine großen Zugeständnisse für nötig hält, um die revolutionäre Bewegung einzudämmen. Sicher wäre ein solches sozialdemokratisches Regierungsexperiment nützlich, weil sich die Massen konkret in ihren Erwartungen getäuscht sehen würden, besonders was eine anti-faschistische Politik betrifft, die mit polizeilichen, gewaltsamen Mitteln den Faschismus zurückdrängen müsste. Es ist klar, dass die Kommunistische Partei eine solche Regierung offen bekämpfen würde; doch ebenso klar ist, dass alles, was zugunsten eines solchen Klärungsprozesses getan werden konnte, getan wurde, von der Spaltung in Livorno bis zur Haltung im Auguststreik; aber der italienische Reformismus hat sich heute dermaßen disqualifiziert, dass er nicht einmal mehr imstande ist, seine ureigenste Politik der Kollaboration mit dem bürgerlichen Machtapparat durchzuführen.

15. Wie das derzeitige Parlament zeigt, ist eine Lösung der Regierungskrise mit rein parlamentarischen Mitteln schwerlich denkbar, und auch Neuwahlen würden kaum ein anderes Bild abgeben. Die Umstände, in denen sich der Kampf in Italien abspielt, zeigen, dass keine zweideutigen Losungen ausgegeben werden dürfen, also solche, die den Gegensatz zwischen den legalitären und pazifistischen Lösungen einerseits und den revolutionären Lösungen andererseits verwischen. Zum andern sind, auch wenn es zuweilen anders zu sein scheint, die Kräfte, die bereit sind, den anti-faschistischen Kampf zu führen, die gleichen, die auch den revolutionären Kampf gegen den Staat überhaupt führen wollen: Kommunisten und Anarchisten. Alle anderen anti-faschistischen Elemente, die das defätistische Trugbild einer gewaltsamen Unterdrückung des Faschismus zeichnen, werden morgen seine Verbündeten und Koalitionäre in der Regierung sein (Liberale, Sozialdemokraten, Katholische Volkspartei). Für die Massen, die zum anti-faschistischen Kampf drängen und die Solidarität zwischen Staat und Faschismus (die dem rückständigsten, gar gläubigen Bauern klarer ist als vielen sozialistischen Theoretikern) nachhaltig zu spüren bekamen, macht nur folgende Parole Sinn: *Weder eine faschistische Regierung noch eine illusorische parlamentarische Linksregierung, sondern eine durch den revolutionären Kampf des Proletariats zu verwirklichende Arbeiter- und Bauernregierung*. Diese Losung, gleichbedeutend mit der proletarischen Diktatur, zusammen mit der Losung des direkten bewaffneten Kampfes gegen den Faschismus, der in den Kampf zur Niederschlagung des Staatsapparates einmünden muss, macht es möglich, Einfluss auf die weniger reifen Massen zu nehmen.⁸

⁸ Auch hier geht der deutsche Text noch weiter: „Die Möglichkeit eines Konflikts zwischen einer Fraktion des Faschismus und der bürgerlich-monarchistischen Staatsmacht ist nicht ausgeschlossen. In diesem Falle wird die Kom-

16. Die Losungen der Kommunistischen Partei für die proletarischen Forderungen können und müssen die internationale Politik einschließen. Der Kampf gegen den Weltimperialismus für die Anerkennung der Sowjetrepublik und heute vor allem gegen die Gefahr neuer Kriege, muss in der Agitation an erster Stelle stehen. Auch hier entwirft die KPI nicht ein Programm für die auswärtige Politik des bürgerlichen Staates, sondern versucht, durch den revolutionären Druck der Massen auf ihn einzuwirken und seine Rolle beim Wiederaufbau der kapitalistischen Weltwirtschaft zu paralysieren.

Zusammenarbeit mit den anderen Arbeiterparteien

17. Die hier besprochenen Forderungen sind die Aktionsplattform der KPI, mit der sie die Arbeiterschaft zum Kampf aufruft und versucht, eine Bewegung ins Leben zu rufen, an der die ganze Masse teilnimmt, in der sie ihre Kampflust beweist, die ihr das Vertrauen in die eigenen Kräfte wiedergibt und sie sehen lässt, dass sich ihre Schlagkraft vergrößert, wenn sie sich um die KPI sammelt, die in diesen Aktionen ihrerseits ihre Fähigkeit zum revolutionären Kampf zu beweisen hat. Es wird sich also nicht um Kämpfe handeln, die unter direkter Leitung der Kommunistischen Partei, ihrer politischen, gewerkschaftlichen oder militärischen Organe stehen, sondern die von Organisationen mit einer breiten Basis geführt werden. Dass diese Organismen sich unter Beteiligung der sogenannten Arbeiterparteien bilden, ist in Italien aus einer Reihe von Gründen nicht wünschenswert. Die Spitzen dieser Parteien haben zu oft ihre Unfähigkeit, ihre Unzulänglichkeit sowie einen sträflichen Leichtsinns unter Beweis gestellt. Die Republikanische Partei besteht aus einer pro-faschistischen Strömung und einer anderen, die sich arbeiterfreundlich gibt: beide lähmen die Arbeiterkämpfe. Die intern unorganisierten Anarchisten haben keine bestimmten politischen Richtlinien und verfügen über keinen größeren Einfluss. Die Sozialisten machen eine Krise durch, die allgemein bekannt und weit davon entfernt ist, definitiv gelöst zu werden. Ferner zeigt sich bei den genannten Parteien, dass sie die Tragweite eines Aktionsbündnisses auf Grundlage eines Programms konkreter, das Proletariat direkt angehender Forderungen (die gleichermaßen von Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten vertreten werden müssten) nicht begreifen; sie versuchen hingegen, die Frage auf das Terrain einer Vereinbarung über ein allgemeines politisches Programm, über die Vorbereitung der „Revolution“, von der sie einen ebenso sterilen wie phantastischen Begriff haben, zu verlagern. Auf diesem Terrain aber ist wegen der Unvereinbarkeit der Programme jede Verständigung ausgeschlossen. Die Republikaner möchten als gemeinsames Ziel die Republik festlegen, die Reformisten die Arbeitsgemeinschaft, die Anarchisten und Syndikalisten den Nicht-Staat: keiner von ihnen sieht, dass die Kommunisten als Kampfziel nicht die Diktatur des Proletariats vorschlagen, sondern viel unmittelbarere und konkretere Losungen. Zum anderen würde in einem Bündnis jede Partei ihre eigene Politik machen, ihr spezifisches illusorisches Ziel zu erreichen suchen, ohne positiv etwas zur Aktion beizutragen und mit dem einzigen Ergebnis, die Massen irrezuleiten und zu desorientieren.

18. Wenn die KPI zu Treffen mit anderen Arbeiterparteien eingeladen wird, kann sie die Einladung annehmen; gegenüber dem Vorschlag eines politischen Bündnisses wird sie sachlich argumentieren, indem sie geeignete Bedingungen stellt, wie z.B. dass Verhandlungen seitens des gemeinsamen Leitungsorgans mit außerhalb des Bündnisses stehenden Organen (Staat, bürgerliche Parteien) nur bei Einstimmigkeit beschlossen werden können, um nicht wieder Situationen zu schaffen, mit denen bisher jede Bewegung des italienischen Proletariats konfrontiert war: nämlich dem Kompromiss zwischen den rechten Führern und den bürgerlichen Kräften. Aber der wichtigste Vorschlag besteht darin, dass das gemeinsame Leitungsorgan nicht aus einem Kompromiss zwischen den Parteien hervorgehen darf, sondern auf dem Boden der Gewerkschaften oder ähnlichen Organisationen der Arbeitermassen entstehen muss, und dass diesem Gremium alle Parteien mit ihren jeweiligen Kräften ausnahmslos verpflichtet sind.

19. Die Frage einer Zusammenarbeit zwischen Arbeiterparteien, um im Falle allgemeiner Unrast schlagkräftige militärische Aktionen durchzuführen, kann unabhängig von der Frage des politischen Bündnisses gesehen werden. Auch in diesem Falle ist es richtig, Bedingungen zu stellen, z.B.: dass die Parteien, die einerseits Vereinbarungen militärischen Charakters vorschlagen, ihre defätistische und pazifistische Propaganda einstellen. Sollte sich ein nationales Abkommen ergeben, können auf lokaler Ebene – neben den

munistische Partei, ohne sich prinzipiell mit der Verteidigung der bestehenden Staatsinstitutionen solidarisch zu erklären, sich bereit halten, wann und wie es ihr günstig erscheint, in das Kräftespiel einzugreifen, um den Konflikt einer revolutionären proletarischen Lösung zuzuführen.“

auf gewerkschaftlichem oder ähnlichem Gebiet tätigen Basisorganisationen – „technische“ Ausschüsse für bewaffnete Aktionen gebildet werden: an diesen wird sich die Partei zwar beteiligen, ohne jedoch die eigene militärische Organisation damit zu vermischen. In solchen lokalen Ausschüssen wird die KPI nicht direkt vertreten sein, keinesfalls wenn ihnen politische Bündnisabkommen zugrunde liegen, und bei militärischen auch nur dann, wenn ein landesweites Abkommen besteht. Der Grund dafür ist: Wenn wir einerseits von der Notwendigkeit sprechen, den Pazifismus zu bekämpfen, ebenso wie von der Leugnung der militärischen Schulung des Proletariats und des Klassenkrieges durch die Sozialdemokraten und, aus anderen Gründen, die Anarchisten, so werden wir andererseits nicht gerade diese Parteien aufwerten, indem wir uns so verhalten, als seien sie, mittels lokaler und improvisierter Organismen, selbstverständlich genauso wie wir fähig, sich dem Kampf zu stellen; unserer ganzes Bemühen die Massen zu gewinnen, würde durch ein derart seltsames Verhalten in Frage gestellt. Die Praxis zeigt, wie unfruchtbar die Aktivitäten solcher Ausschüsse (die zuweilen Namen wie: „proletarische Verteidigung“ tragen) sind, und andererseits wie zweckmäßig es ist, den Zusammenschluss der Arbeiter der verschiedenen Parteien durch lokale, schon bestehende Organe der „Einheitsfront“ organisieren zu lassen – auf gewerkschaftlicher Basis gebildete, dauerhafte Organe, die selbstverständlich aus Parteimitglieder bestehen, die lokal verankert sind. Je komplexer und undurchsichtiger diese Komitees werden, desto eher können unzuverlässige Elemente in sie eindringen, bei denen sich weder ein eindeutiges Mandat noch eine klare Verantwortlichkeit zuordnen lässt, und die im Auftrag bürgerlicher Kräfte die spontanen Massenbewegungen auszunutzen suchen. Beispiele dafür sind die „Arditi del Popolo“, die „proletarischen Verteidigungsausschüsse“, die „gemischten“ Komitees usw. Obwohl die Kommunisten nie die Initiative zu solchen improvisierten Aktivitäten ergreifen werden, schon gar nicht dort, wo sie in der Mehrheit sind, scheint es doch zweckmäßig zu sein anzuordnen, dass sie solchen Ausschüssen dort, wo sie trotz ihrer Gegenvorschläge doch entstehen, beizutreten haben: Dies um die Fühlung zu den Massen nicht zu verlieren bzw. nicht den Eindruck zu erwecken, nicht kämpfen zu wollen. Keinesfalls aber dürfen Kommunisten militärischen Organisationen angehören, die eine eigene Disziplin, eine andere als die ihrer Partei und gewerkschaftlichen Organisation, verlangen.

20. Die proletarische Einheitsfront für Forderungen, die die Unternehmeroffensive durchkreuzen, ist die Plattform für die gegenwärtige Aktion der KPI und für den Weg, auf dem die Führung des italienischen Proletariats erobert werden muss. Auf diesem Feld sind in der „Allianz der Arbeit“ und während des Generalstreiks Anfang August 1922 reiche Erfahrungen gemacht worden. Dieselben Elemente, die den Gewerkschaften ihren Klassencharakter nehmen wollen, versuchen heute, die *Allianz* aufzulösen. Die Kommunistische Partei setzt sich indes für ihre Erhaltung und ihre Neuorganisation mit geeigneteren Strukturen ein: was sie im Übrigen schon seit langem forderte, wobei sie gleichzeitig vor den Gefahren warnte, die in der Art und Weise lagen, in der die *Allianz* gebildet wurde. Die Verständigung zwischen den linken Gewerkschaftsfraktionen, die die KPI mithilfe der Initiative des kommunistischen Gewerkschaftsausschusses erreichen will, soll sich als eines der Ziele eben diese Neuorganisation setzen und unter Teilnahme derselben Gewerkschaften bewerkstelligt werden, die auch von Anfang an dabei waren. Die KPI tritt für die Einheitsfront auch mit den Massen ein, die unter Leitung der Kollaborateure des rechten Flügels des Gewerkschaftsbundes und der Italienischen Arbeitsunion stehen: Wenn die Einheit der gewerkschaftlichen Front von ihrer Seite aus definitiv zunichte gemacht wird, werden ihre Führer dafür verantwortlich gemacht und vor den Massen bloßgestellt werden.

21. Die Organe der „Allianz der Arbeit“ müssten folgendermaßen gebildet werden: Die Vereinbarung zwischen den Gewerkschaftsverbänden müsste überarbeitet und sofort ein nationales Komitee gebildet werden, das jedoch nicht wie bisher nur Vertreter der Gewerkschaftsspitzen umfassen darf, sondern vielmehr müssen die Fraktionen aller Gewerkschaften proportional darin vertreten sein. Auf Ortsebene müssen die in analoger Weise gebildeten Ausschüsse sofort wieder tätig werden, und anschließend sind die Räte der *Allianz* zu wählen, in denen sich die Delegierten jedes einzelnen Berufsverbandes befinden müssen. Diese Räte werden das lokale Komitee der *Allianz* wählen, und in bestimmten Fällen ein engeres, eventuell geheimes Aktionskomitee. Inzwischen müsste die Arbeit zur Einberufung des *Nationalkongresses der Allianz* in Angriff genommen werden, der direkt von den Ortsausschüssen beschickt werden müsste, welche ihrerseits die Zentralorgane der Einheitsfront zu ernennen hätten. Der Einwand, dass auf diese Weise die Befugnisse und die Selbständigkeit der einzelnen Verbände übergangen würden, ist kein Argument gegen unser Konzept, das die *Allianz* in eine breite Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisation einmünden lassen will.

22. Gleichzeitig müsste der *Allianz* eine Struktur gegeben werden, die es erlaubt, auch die gewerkschaftlich nicht organisierten oder nicht organisierbaren Massen einzubeziehen. Da heute selbst die Existenz der *Allianz* in Frage gestellt ist, wird dies nicht so bald zu erreichen sein; allerdings gibt es, wie schon erwähnt, mannigfache Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich der konkreten Probleme, die die nicht organisierten Massen betreffen und die sie in Bewegung setzen könnten. Jedenfalls würde eine breit abgestützte *Allianz* den Keim zu einer wirklichen Klassenvertretung des städtischen und ländlichen Proletariats legen, als Vorstufe der Arbeiterräte bzw. ihrer zukünftigen Bildung. Bemerkenswerterweise zeichnet sich die Möglichkeit ab, die Einheitsfront zu einem Zeitpunkt auf die Tagesordnung zu setzen, in dem die Gewerkschaftsbewegung eine Krise durchmacht. Eine derartige Einheitsfront wäre ein sehr positives Resultat, im Gegensatz zu einer Einheitsfront der Parteien, die überhaupt keine Mittel hätte, dem Ausdünnungsprozess innerhalb der Gewerkschaften entgegen zu wirken. Alle Parteien bekommen diesen Kräfte-schwund zu spüren, am wenigsten noch die KPI, da sie alle Möglichkeiten und die entsprechenden vielfältigen Kampfformen einbezieht.

Die Ziele der Einheitsfront

23. Hierzu ist schon viel gesagt worden, unter anderem als wir von den konkreten Forderungen sprachen: den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen, den die Arbeitslosen betreffenden, den „antifaschistischen“ Forderungen, wie das Organisations- und Streikrecht sowie der Schutz der proletarischen Körperschaften. Aufgrund der internationalen Lage ist auch eine Kampagne „Gegen den Krieg“ in Betracht zu ziehen, die sich in die Richtlinien der revolutionären Politik des Weltproletariats einfügt. Angesichts weiterer Regierungskrisen und Neuwahlen können und müssen die Kommunisten die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung in die Einheitsfront hineinragen, z.B. könnte sie bei einem nationalen Kongress der *Allianz* ausgegeben werden. Besonders am Anfang wird es unerlässlich sein, nachdrücklich die große Bedeutung, wenn auch bescheidener, aber bestimmter und allgemeiner Forderungen (die der Masse vertraut sind) hervorzuheben. Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass eine allgemeine Kampagne und große Agitation bei gleichzeitigem proletarischem Kampf – der den Feind zwingt, vielleicht nicht zurückzuweichen, aber doch stehenzubleiben – ein großer materieller und moralischer Etappensieg für die Arbeiter wäre, und zwar nicht nur im Hinblick darauf, neue Kämpfe von einer besseren Position und Formierung aus vorbereiten zu können, sondern auch, weil ein derartiger Erfolg die Alltagsituation der Arbeiter erträglicher machen würde.

24. Was die Kampfmittel der *Allianz* betrifft, ist das wichtigste der Generalstreik, der alle durch die Unternehmeroffensive ausgelösten Teilkämpfe bündelt. Er ist die einzig brauchbare Taktik, um der spezifischen Form der Reaktion in Italien zu begegnen. Der jüngste Streik hat gezeigt, welches die Faktoren für einen Erfolg sind, auf die die KPI frühzeitig, jedoch umsonst hingewiesen hat: Die Führer der *Allianz* machten ungeniert mit ihrer schändlichen Arbeit weiter. Der Generalstreik ist von der *Allianz* und den Parteien (die behaupten, sie zu unterstützen) offiziell anzuerkennen; statt den Streik runterzuspielen, ist eine wirkliche Propagandaarbeit für ihn zu leisten. Der Streikaufruf darf nicht geheim gehalten, sondern muss öffentlich erklärt werden; er muss zudem mit einer wichtigen Phase des Kampfes zusammenfallen, der eine ganze Berufssparte oder Region angeht und die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf sich zieht. Mit einer anderen, von uns Kommunisten vorgeschlagenen Organisation und Struktur der *Allianz* werden dann auch ihre Kommunikationswege wirklich funktionieren. Ferner haben die Führungsorgane den wirklichen Kampfverlauf im Auge zu behalten; niemals dürfen wegen des bevorstehenden Generalstreiks Teilbewegungen abgebrochen werden: Statt sie abzuwerten und auszuschließen, müssen sie immer stärker in den proletarischen Kampf integriert und somit überwunden werden.

25. Sollte das Führungsorgan der Einheitsfront unsere Vorschläge nicht annehmen, muss die KPI trotzdem die Disziplin wahren: sie darf also nicht damit drohen, allein und auf eigene Faust zu handeln. Gleichzeitig wird sie jedoch eine intensive Kampagne unter den Massen führen und in den Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen Abstimmungen herbeiführen, um die vorherrschenden, die Schlagkraft lähmenden Kräfte zu schwächen. Die Opposition der Massen wird dazu beitragen, die Position der Partei in allen Arbeiterorganisationen und der Einheitsfront selbst zu stärken, wobei die KPI ihrerseits ständig zur Aktion drängen und auf eine bessere Vorbereitung hinarbeiten wird. Den Gang der Dinge aufmerksam verfolgend, wird die KPI in jedem wichtigen Moment des Kampfes die Aufgaben nennen, die die *Allianz* erfüllen muss und auch kann, wobei sie die Fehler und unentschlossene Haltung der Führer anprangern wird. Vor allem diese Propagandaarbeit werden die Kommunisten in den Ausschüssen der *Allianz* zu leis-

ten haben.

Strategie der KPI

26. Wenn die verantwortlichen Organe der Einheitsfront, in denen die Kommunisten in der Minderheit sind, eine Aktion beschließen sollten, wird die KPI auf jeden Fall mit dem größten Elan und allen Kräften daran teilnehmen; werden die öffentlich gemachten Vorschläge der Kommunisten jedoch ignoriert, wird die KPI intern oder durch ihre Delegierten ihre Vorbehalte gegenüber der Art und Weise der Vorbereitung und Durchführung der Aktion deutlich aussprechen.

Während des Kampfes wird die KPI, die sich durch ihre eigenen Verbindungskanäle auf dem Laufenden hält, den Führungsorganen immer wieder die entsprechenden Vorschläge machen, damit sich die Bewegung möglichst effizient entfalten kann. Falls die Führung einen positiv verlaufenden Kampfverlauf abbrechen will, muss die KPI die Anordnung aus disziplinarischen Gründen befolgen, was sie aber nicht daran hindern wird, die Verantwortung denjenigen anzulasten, die den Abbruch angeordnet haben. Nur wenn sich während des Kampfes die Kräfteverhältnisse so ändern, dass die KPI einen ausschlaggebenden Einfluss gewinnt, könnte sie die Situation forcieren, indem sie die Leitung der von ihren bisherigen Führern verratenen Massen übernimmt.

27. Die KPI, die alles Mögliche dafür tun wird, damit die Aktion unter Bedingungen stattfindet, die einen Erfolg des Proletariats gewährleisten, wird im Falle der Niederlage die Verantwortlichen objektiv, aber schonungslos kritisieren. Sie wird an der Aktionslinie die Richtigkeit ihrer eigenen Methode nachweisen und aufzeigen, dass es unumgänglich ist, dass die breite Masse den von ihr angegebenen Weg einschlägt. Zugleich wird sie aber auch alles daransetzen, um die Folgen abzuschwächen, die der von den anderen herbeigeführte Misserfolg auf die Arbeiterorganisationen ebenso wie auf die Stimmung der Massen haben muss.

28. Wenn die Einheitsfront die kommunistischen Vorschläge doch annimmt und die Bewegung erfolgreich ist, wird es die Hauptaufgabe der KPI sein, sich dies zunutze zu machen. Vor allem muss aufgezeigt werden, dass die proletarische Revolution zwangsläufig über Etappenziele erreicht wird: In dem Maße, wie die Arbeiterklasse physisch und theoretisch immer besser vorbereitet ist, wird auch ihre, vielleicht zunächst nur potentielle, politische Kraft gegen die bürgerliche Macht, die ja schließlich im Entscheidungskampf geschlagen werden muss, wachsen.

29. Die Einheitsfront wiederherzustellen und eine neue große Aktion des Proletariats erneut einzuleiten, diese Aufgabe ist in der heutigen Situation in Italien ungeheuer schwierig. Zur Macht und Entschlossenheit der herrschenden Klasse kommt noch der Defätismus der Opportunisten und unzähliger angeblich revolutionärer Strömungen hinzu. Dennoch lässt sich in dieser allgemeinen Krise feststellen, dass sich, angezogen durch die Klarheit ihrer Prinzipien und die Festigkeit ihrer Organisation, die gesunden Kräfte an der KPI orientieren. Die Tiefe der wirtschaftlichen Krise, die wahrscheinlich eine neue rechte Regierung nötig machen wird, weist der KPI die Funktion zu, Angelpunkt der Opposition gegen die herrschende Klasse, ihre Ordnung und ihre Regierung zu sein.

Der Faschismus, der sich von einer militärischen Organisation zur Regierungspartei gemausert hat, wird die Unzufriedenheit der Massen zu spüren bekommen. Trotz der unseligen Folgen des Verrats ist es noch möglich, die Revolte der aufgebrachtten Massen zu ermuntern und auf einer festen programmatischen Linie und entsprechenden Aktionen zu organisieren, was die Wirksamkeit der Anstrengungen ver Hundertfachen und die gequälte und ungeduldige Masse zu einer zielbewussten und geeinten Kraft bündeln würde, zur Trägerin der kommunistischen Revolution. Aber auch, wenn der Entwicklungsgang dem Proletariat eine weitere Periode der Defensive aufzwingt, dürfen wir darauf vertrauen, dass das Banner des Kommunismus nicht eingeholt werden wird und das italienische Proletariat trotz der wildesten Reaktion sein höchstes Ziel nicht vergessen wird.

Quelle:

„Sulla situazione italiana - Relazione del Partito Comunista d'Italia al IV Congresso dell'IC": Lo Stato Operaio, Nr. 6, März 1924.